

- **12. April 2012** Europäisches Parlament, Brüssel  
GUE/NGL-Konferenz „Wir haben es satt - Spekulation stoppen mit MiFID 2“
- **24./ 25. April 2012**  
ECON stellt seinen Berichtsentwurf vor
- **10. Mai 2012**  
Frist für Änderungsvorschläge am ECON-Bericht
- **18./ 19. Juni 2012**  
Erörterung der Änderungsvorschläge
- **Juli/ September 2012**  
Abstimmung im ECON
- **November/ Dezember 2012**  
Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments

### Wie geht es weiter?

Die EU-Kommission zieht mit MiFID II und MiFIR nach wie vor keine Lehren aus der Finanzkrise. Nicht regulierte Handelsplattformen wie die hoch riskanten „Dunklen Märkte“ oder „Dark pools“, werden nicht verboten. Großbanken können auch künftig die europäischen Regierungen erpressen, da auf eine Trennung des klassischen Bankengeschäfts vom Investmentgeschäft verzichtet wurde. Weder MiFID II noch MiFIR enthalten ein Vorsichtsprinzip. Die Geister, die die Kommission mit MiFID und ihrer Deregulierung im November 2007 rief, wird sie 2012 mit MiFID II und MiFIR nicht los. DIE LINKE. im Europaparlament fordert daher nicht MiFID II und MiFIR sondern:

**Eine transparente und demokratisch legitimierte Aufsicht über die Finanzmärkte.**  
**Finanzprodukte, die ethisch und gesamtwirtschaftlich sinnvoll sind.**  
**Mehr Klarheit bei der Anlageberatung.**

Sie möchten mehr über MiFID, MiFID II und MiFIR erfahren? Auf den Internetseiten der LINKEN im Europaparlament ([www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu)) finden Sie weitere Informationen zum Thema.

## Handel ja – aber nur mit Regeln

So absurd es klingt: Börsen unterliegen einer strengen Aufsicht um Marktmissbrauch zu verhindern. Damit sind Börsen verglichen mit „Dark pools“ und OTC-Geschäften ein Vorbild in Sachen Regulierung und Transparenz.

Man unterscheidet zwischen Waren-, Devisen- und Wertpapierbörsen. Warenbörsen zum Handeln von Rohstoffen waren die ersten Börsen. Später kamen Warenterminbörsen dazu, die in erster Linie für eine verlässliche Preiskalkulation von Verarbeitern und Produzenten sorgen sollen - hier findet aber auch die heftig umstrittene Nahrungsmittelspekulation statt. Während an Devisenbörsen der Austausch verschiedener Währungen stattfindet, werden an den Wertpapierbörsen wie beispielsweise der Frankfurter Börse Aktien und andere Finanzmarktprodukte gehandelt.

Bei aller berechtigten Kritik: Börsen verfügen über Mechanismen, die extreme Kursausschläge verhindern können. Dennoch: etliche der dort getätigten Geschäfte müssen deutlich eingeschränkt werden.

### DIE LINKE. im Europaparlament



**Gabi Zimmer**  
Vorsitzende der  
GUE/NGL Fraktion



**Thomas Händel**  
Sprecher der Delegation  
der LINKEN



**Lothar Bisky**



**Cornelia Ernst**



**Jürgen Klute**



**Sabine Lösing**



**Helmut Scholz**



**Sabine Wils**



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE  
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT

Rue Wiertz 47 | B-1047 Brüssel | Belgien  
V.i.S.d.P. Thomas Händel, Gabi Zimmer



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE  
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT



**Türsteher  
vors  
Finanzcasino** ?

**Mit MiFID  
Spekulationen  
stoppen**

**DIE LINKE.**  
IM EUROPAPARLAMENT

# Die Deregulierung wieder einfangen!

Die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente, englisch kurz MiFID genannt, trat zum November 2007 in Kraft. Sie betrifft Banken, Fonds, Börsenbetreiber, Anleger aber auch Sparer und Steuerzahler. Die Richtlinie regelt *wo, wie und wann* etwas gehandelt wird, also nach welchen Regeln an welchen Märkten Produkte - sei es eine Tonne Weizen oder Wertpapiere - zu welcher Zeit den Besitzer wechseln.

## Die Geister, die die Kommission rief...

Statt jedoch Finanzinstrumente zu kontrollieren, folgte MiFID der Logik der ungebremsten Liberalisierung der Finanzmärkte: Banken, Fonds und Finanzdienstleister konnten somit kurz vor der globalen Finanzkrise weitere Privilegien erhalten. Die Folgen waren fatal: Die bestehenden laxen Vorschriften wurden ganz abgeschafft, der außerbörsliche Handel wurde erheblich erleichtert. Während MiFID nichts unternahm, um die sich anbahnende Finanzkrise zu verhindern, forcierte sie das Entstehen nicht regulierter Handelsplattformen, so genannter deregulierter „Dunkler Märkte“ oder „Dark pools“.

Als Antwort auf die verheerenden Auswirkungen der Finanzkrise hat die EU-Kommission im Oktober 2011 eine überarbeitete Fassung der MiFID vorgelegt. Nach den verheerenden Erfahrungen der ursprünglichen Richtlinie sollen die Handelsplätze nun wieder einer strengeren Kontrolle unterworfen werden.

## Türsteher vors Finanzcasino?

Anstatt jedoch den außerbörslichen Handel einzudämmen und Geschäfte auf den so genannten „Dunklen Märkten“ ganz zu verbieten, bieten die Änderungsvorschläge der EU-Kommission den FinanzspekulantInnen weiterhin zahlreiche Schlupflöcher.

Die Kommissionsvorschläge bestehen aus einer Richtlinie (MiFID II) und einer Verordnung (Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente, englisch MiFIR). Die Richtlinie muss durch die Parlamente der 27 Mitgliedsstaaten in nationales Gesetz umgesetzt werden, die Verordnung gilt unmittelbar. Während Europäisches Parlament und Rat die Kommissionsvorschläge nun ihrerseits bearbeiten, versuchen

Foto: © elyipse - Fotolia.com



Banken, Fonds und Finanzdienstleister bereits jetzt ihre Kapitalinteressen abzusichern – es geht schließlich um viel Geld. Die Europaabgeordneten der LINKEN fordern daher:

### Keine Zugeständnisse für die Verursacher der Krise.

Die wichtigsten Neuerungen von MiFID II und MiFIR betreffen

- die Einführung neuer organisierter Handelssysteme
- als Antwort auf die so genannten „Dunklen Märkten“
- den Hochfrequenzhandel,
- die Regulierung der Rohstoff- und Nahrungsmittelspekulation
- den Anlegerschutz

### Organisiertes Handelssystem

Bei ihrer Einführung im Jahr 2007 entfesselte MiFID das wilde Treiben an den Märkten noch einen Schritt weiter, indem neben bestehenden offiziellen Märkten wie Börsen so genannte „Dunkle Märkte“ gestattet wurden. Es kam daraufhin zu einer Explosion von unregulierten „Over the counter“ Geschäften, kurz OTC genannt. OTC bezeichnet Finanztransaktionen, die nicht über die Börse abgewickelt

werden. Jetzt fordert die EU-Kommission die Einrichtung eines neuen organisierten Handelssystems. Klingt gut – was genau sich dahinter verbirgt, liegt allerdings weiterhin im Dunkeln. Die Europaabgeordneten der LINKEN fordern größtmögliche Transparenz: Nicht nur müssen Handelsgeschäfte angemeldet werden, auch muss klar sein, *wer was mit wem wie* handelt.

### Hochfrequenzhandel

Beim Hochfrequenzhandel führen Computer innerhalb von Sekunden sehr viele Transaktionen durch, schon bei minimalen Kursdifferenzen fahren Spekulanten enorme Gewinne ein. Manipulative Aufträge werden, wenn überhaupt, erst im Nachhinein erkannt.

Die Kommissionsvorschläge zum Hochfrequenzhandel reichen bei Weitem nicht aus. Es gibt keine klaren Verbote, alle Vorschläge sind sehr vage. Der Hochfrequenzhandel muss ausgebremst werden. Die Europaabgeordneten der LINKEN fordern daher eine Mindesthaltedauer für computergesteuerte Aufträge, um den Börsenhandel zu verlangsamen und somit transparenter zu machen. Die zentrale Frage ist allerdings, ob diese Art des Handels überhaupt gebraucht wird.

### Rohstoff- und Nahrungsmittelspekulation

Die Spekulation mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen ist für die Preisschwankungen auf den Lebensmittelmärkten im globalen Süden mit verantwortlich. Der Kampf gegen den weltweiten Hunger muss somit auch an der Börse beginnen.

MiFID II und MiFIR sehen erstmalig einige Regeln bezüglich der Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln vor. So sollen beispielsweise Positionslimits eingeführt werden, mit denen für jeden Händler Obergrenzen für den Handel mit jedem Rohstoff festgelegt werden. Die von der Kommission geforderten Positionslimits sind aber viel zu schwach und sehr leicht zu umgehen.

Auch die neue Möglichkeit für die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (englisch ESMA), im Einzelfall Verbote für einzelne Händler oder Teile ihres Handels zu verhängen, ist für eine effektive Börsenaufsicht zu schwach.

DIE LINKE. im Europaparlament fordert nicht nur echte Positionslimits, sondern eine ESMA, die sich ihre Befugnisse nicht mit den Mitgliedsstaaten teilen muss: Wir brauchen eine transparente, demokratisch legitimierte und schlagkräftige Aufsichtsbehörde.

### Anlegerschutz

Lebensmittel, Spielzeug und elektrische Geräte unterliegen einer Genehmigungspflicht bevor sie in den Handel kommen dürfen – aus gutem Grund. Gleiches muss auch für Finanzprodukte gelten. Die Finanzkrise hat gezeigt, dass Finanzprodukte enormen Schaden anrichten, wenn sie einzig an der Profitmaximierung Weniger ausgerichtet sind.

Die Finanzkrise hat viele Sparer und Steuerzahler in den Ruin getrieben. Viele Anleger haben Produkte abgeschwatzt bekommen, für die Banker und Anlageberater hohe Provisionen erhalten haben.

Die für MiFID vorgesehenen Neuerungen halten nach wie vor daran fest, dass Verbraucher eine eventuelle Fehlberatung selbst beweisen müssen, obgleich sie nur eingeschränkten Zugriff auf die entsprechenden Unterlagen haben. Das ist unhaltbar.

DIE LINKE. im Europaparlament fordert eine Umkehrung der Beweislast: Banker und Berater müssen nachweisen, dass sie Kunden richtig beraten haben.